L 3 AS 608/09 B-PKH

Land
Freistaat Sachsen
Sozialgericht
Sächsisches LSG
Sachgebiet
Sonstige Angelegenheiten
Abteilung
3
1. Instanz
SG Chemnitz (FSS)
Aktenzeichen
S 20 AS 1521/08
Datum
19.02.2009
2. Instanz
Sächsisches LSG
Aktenzeichen
L 3 AS 608/09 B-PKH
Datum
03.05.2010
3. Instanz
Bundessozialgericht
Aktenzeichen
-
Datum
-
Kategorie
Beschluss

Die Beschwerde gegen den Beschluss des Sozialgerichtes Chemnitz vom 3. August 2009 wird verworfen.

Gründe:

I.

In der Hauptsache war die Gewährung von Erstausrstattungsleistungen nach [§ 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1](#) des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II) im Streit.

Mit Beschluss vom 19. Februar 2009 gewährte das Sozialgericht Chemnitz dem Kläger Prozesskostenhilfe unter einer monatlichen Ratenzahlung in Höhe von 30,00 EUR und Beordnung von Rechtsanwalt.

Gegen diesen legte der Kläger am 20. März 2009 "sofortige Beschwerde" ein, welche mit Beschluss des Sächsischen Landessozialgerichts vom 29. April 2009 (Az.: [L 7 AS 177/09 B PKH](#)) verworfen wurde.

Am 4. Juni 2009 hat der Kläger gemäß [§ 73a Abs. 1 Satz 1](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) i. V. m. [§ 120 Abs. 4](#) der Zivilprozessordnung (ZPO) die Überprüfung der Prozesskostenhilfeentscheidung beantragt und einen Versicherungsschein der Aachener und Münchner Versicherungsgruppe über eine Haftpflichtversicherung vorgelegt.

Mit Beschluss vom 3. August 2009 hat das Sozialgericht die Abänderung des Bewilligungsbeschlusses vom 19. Februar 2009 abgelehnt. Eine Änderung in den Verhältnissen sei nicht eingetreten. Aus dem eingereichten Versicherungsschein zur Haftpflichtversicherung ergebe sich eine weitere monatliche Beitragsbelastung in Höhe von 4,82 EUR, jedoch keine Änderung in der Ratenzahlungsverpflichtung.

Gegen diesen Beschluss hat der Kläger am 11. September 2008 erneut "sofortige Beschwerde" eingelegt. Nach Auffassung des Landessozialgerichtes Berlin-Brandenburg (Az.: [L 19 B 851/08 AS PKH](#)) sei die Beschwerde gegen eine mit Anordnung von Ratenzahlungen verbundene bewilligende Entscheidung statthaft.

Wegen der Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakten aus beiden Verfahrenszügen (einschließlich des PKH-Beiheftes) Bezug genommen.

II.

Die Beschwerde ist nicht statthaft und damit gemäß [§ 202 SGG](#) i. V. m. [§ 572 Abs. 2 Satz 2 ZPO](#) zu verwerfen.

Gemäß [§ 172 Abs. 3 Nr. 2 SGG](#) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 26. März 2008 ([BGBl. I S. 444](#)) ist die Beschwerde gegen die Ablehnung von Prozesskostenhilfe seit dem 1. April 2008 ausgeschlossen, wenn das Gericht ausschließlich die persönlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Prozesskostenhilfe verneint. Ein Beschwerderecht besteht ab 1. April 2008 lediglich noch, wenn die Erfolgsaussichten in der Hauptsache verneint werden.

Diese Voraussetzungen sind hier erfüllt. Das Sozialgericht hat mit Beschluss vom 3. August 2009 die ratenfreie Bewilligung von Prozesskostenhilfe abgelehnt, im Übrigen den Bewilligungsbeschluss vom 19. Februar 2009 bestätigt. Da die Klägerin erneut eine

Bewilligung ohne Einschränkung begehrt, liegt in der Entscheidung des Sozialgerichts vom 3. August 2009 eine Teilablehnung (vgl. SächsLSG, Beschluss vom 30. Oktober 2008 - [L 3 B 508/08 AL-PKH](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 10, m. w. N.). Diese Teilablehnung ist ausschließlich wegen der persönlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Prozesskostenhilfe erfolgt, was den Beschwerdeausschluss nach [§ 172 Abs. 3 Nr. 2 SGG](#) zur Folge hat. Diese ständige Rechtsprechung des erkennenden Senates (vgl. z. B. SächsLSG, a. a. O.; Beschluss vom 20. Oktober 2009 - L 3 AS 569/09 B PKH - n. v.; ebenso zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe mit Zahlungsverpflichtung aus dem Vermögen: SächsLSG, Beschluss vom 21. Oktober 2008 - [L 3 B 647/08 AL-PKH](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 3) deckt sich mit der Rechtsprechung anderer Senate dieses Gerichtes (vgl. z. B. SächsLSG, Beschluss vom 18. August 2008 - [L 2 B 411/08 AS-PKH](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 12 ff.; SächsLSG, Beschluss vom 18. September 2008 - L 7 B 363/08 AS-PKH - n. v.; SächsLSG, Beschluss vom 23. Oktober 2008 - L 4 B 517/08 R-PKH - n. v.; SächsLSG, Beschluss vom 2. Februar 2010 - L [1 P 2/10](#) B PKH - n. v.) sowie der anderer Landessozialgerichte (vgl. z. B. Bayerisches LSG, Beschluss vom 27. August 2009 - [L 11 AS 516/09 B PKH](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 8; LSG Baden-Württemberg, Beschluss vom 23. Februar 2009 - [L 7 SO 5829/08 PKH-B](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 2; LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 31. März 2009 - [L 34 AS 282/09 B PKH](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 2; LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 24. Juli 2008 - [L 12 B 20/08 AL](#); JURIS-Dokument Rdnr. 4; LSG für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 8. Juli 2009 - [L 7 B 77/09 AS](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 2; LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 26. Januar 2009 - [L 3 B 34/08 R](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 6; Thüringer LSG, Beschluss vom 17. Juli 2009 - [L 6 B 104/09 KR](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 4). Soweit sich der Kläger auf die gegenteilige Auffassung des 19. Senates des Landessozialgerichtes Berlin-Brandenburg im Beschluss vom 11. Juni 2008 (- [L 19 B 851/08 AS PKH](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 4) beruft, ist darauf hinzuweisen, dass dieser Senat diese Rechtsauffassung im Beschluss vom 6. Januar 2009 (- [L 19 B 1251/08 AS PKH](#) - [L 19 B 1251/08 AS PKH](#) - JURIS-Dokument Rdnr. 5) ausdrücklich aufgegeben hat.

Der Beschwerdeausschlussregelung des [§ 172 Abs. 3 Nr. 2 SGG](#) erfasst nicht nur die erstmalige Entscheidung über einen Prozesskostenhilfeantrag, sondern auch die Entscheidung über einen Änderungsantrag im Sinne von [§ 73a Abs. 1 Satz 1 SGG](#) i. V. m. [§ 120 Abs. 4 ZPO](#). Etwas anderes ergibt sich nicht aus dem Wortlaut von [§ 172 Abs. 3 Nr. 2 SGG](#). Der Ausschluss einer Beschwerde gegen eine Entscheidung nach [§ 73a Abs. 1 Satz 1 SGG](#) i. V. m. [§ 120 Abs. 4 ZPO](#) entspricht auch dem Wille des Gesetzgebers. Die Schaffung der Ausschlussregelungen in [§ 172 Abs. 3 SGG](#) soll zur Entlastung der Landessozialgerichte bei wirtschaftlich nicht relevanten Kostengrundentscheidungen und sonstigen Nebenentscheidungen sowie in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes und der Prozesskostenhilfe greifen (vgl. [BT-Drs. 16/7716, S. 22](#) [Zu Nummer 29 Buchst b]). Die Ablehnung von Prozesskostenhilfe soll mit der Beschwerde nur noch angefochten werden, wenn die Erfolgsaussichten in der Hauptsache vom Gericht verneint wurden (vgl. [BT-Drs. 16/7716, S. 22](#) [Zu Nummer 29 Buchst b Nr. 1]).

Dieser Beschluss ergeht gerichtskostenfrei ([§ 183 SGG](#)). Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht erstattungsfähig ([§ 73a SGG](#) i. V. m. [§ 127 Abs. 4 ZPO](#)).

Dieser Beschluss ist unanfechtbar ([§ 177 SGG](#)).

Rechtskraft

Aus

Login

FSS

Saved

2010-10-18